

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
3. Wahlperiode

Ursprung: Vorlage zur Kenntnisnahme
Bezirksbürgermeisterin
«VOVERF»

TOP-Nr.:

Vorlage zur Kenntnisnahme

DS-Nr: 0695/3

Beratungsfolge:

Datum Gremium

«BFGDAT4»

Fehler! Unbekanntes Schalterargument.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.05.2004 zu den Leitlinien zu Gender Mainstreaming folgenden Beschluss gefasst:

„...Das Bezirksamt wird aufgefordert, der BVV jährlich einen Bericht über die Umsetzung der gleichstellungspolitischen Leitlinien vorzulegen. Neben den erreichten Ergebnissen soll der Bericht auch jene Bereiche der Bezirksverwaltung erfassen, die keine oder nur unzureichende Bemühungen vorlegen können. Die Gründe dafür sind darzulegen.“

Darüber hinaus hat sich das Bezirksamt in seiner Sitzung am 24.07.2007 zur weiteren Umsetzung von Gender Mainstreaming u. a. dazu verständigt, dass jede Abteilung jährlich einen Maßnahmenplan fertigt und jeweils zum Jahresende über dessen Umsetzung berichtet (Drs.-Nr. 0480/3).

Das Bezirksamt bittet die Bezirksverordnetenversammlung, den beigefügten vierten Bericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zur Kenntnis zu nehmen.

Monika Thiemen

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

1

Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf

Teil 9:
Vierter Bericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming

Christine Rabe
frauenbeauftragte@charlottenburg-wilmersdorf.de
www.charlottenburg-wilmersdorf.de
Otto-Suhr-Allee 100 in 10585 Berlin
T: 030 902912690
F: 030 902912055

Februar 2008

Vierter Bericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bezirksverwaltung von Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin – 4. Gleichstellungsbericht –

Nach den drei Phasen der Einführung von Gender Mainstreaming (GM) vom Oktober 2003 bis Juni 2007 hat das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf in seiner Sitzung am 24.07.2007 zur weiteren Umsetzung beschlossen¹:

1. Gender Mainstreaming (GM) wird in allen Abteilungen umgesetzt und weiterhin schrittweise auf alle Fachbereiche ausgedehnt.
2. Die Methode der FGA – Fachbezogenen Gender Analyse (siehe Handlungsanleitung in „GM in Charlottenburg-Wilmersdorf, Teil 1“) ist Grundlage der Operationalisierung von GM in der Bezirksverwaltung von Charlottenburg-Wilmersdorf.
3. Jede Abteilung fertigt jährlich mindestens einen Maßnahmenplan und berichtet jährlich jeweils zum Jahresende über dessen Umsetzung.
4. Die vom RdB² vorgegebenen Produkte³ sind zu analysieren und in die Maßnahmenplanung nach der FGA einzubeziehen.
5. Alle personenbezogenen Statistiken sind nach Geschlecht differenziert zu erstellen.
6. Bei allen Veröffentlichungen, allem Schriftverkehr nach außen und innen ist die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu beachten ...
7. Allen Empfängern von Zuwendungen sind Auflagen hinsichtlich der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen des Bezirkes und der Führung von nach Geschlecht differenzierten Statistiken zu erteilen.
8. Grundlage der Zielsetzungen sind die Gleichstellungspolitischen Leitlinien des Bezirkes, ... Diese sind ebenso auf alle Entscheidungen und Beschlüsse des Bezirksamtes anzuwenden.

Im Jahr 2007 wurde die Analyse der 56 vom RdB beschlossenen Produkte weitergeführt und in den Vorbericht des Haushaltsplanes 2008/2009 aufgenommen. Neben den quantitativen Aussagen zu Nutzerinnen und Nutzern sieht unser Konzept vor, die Produkte hinsichtlich ihrer Gleichstellungsrelevanz zu untersuchen: Welchen Beitrag kann das Produkt leisten zur Umsetzung der gleichstellungspolitischen Ziele?⁴

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen für 44 Produkte erste Zahlen vor und bei 27 Produkten wurde ein Bezug zu den gleichstellungspolitischen Zielen hergestellt. Zu dem Produktbereich 116 Familienunterstützende Hilfen und den Produkten der Sportförderung hat die Diskussion und Bewertung im Ausschuss für Gender Mainstreaming begonnen. Hier sind Ziele zu benennen

¹ Vorlage zur Kenntnisnahme an die BVV Nr. 0480/3

² Rat der Bürgermeister/innen

³ Beschluss des RdB Nr. 992/06 vom 15.06.2006

⁴ s. Gleichstellungspolitische Leitlinien, Beschluss des Bezirksamtes vom 24.02.2004

und Maßnahmen zu entwickeln. Die aktuelle Liste ist der Anlage 1 zu entnehmen.⁵ Die folgenden Berichte aus den Abteilungen beziehen sich auf die oben genannten Punkte 1 bis 8 des Bezirksamtsbeschlusses.

¹ Vorlage zur Kenntnisnahme an die BVV Nr. 0480/3

¹ Rat der Bürgermeister/innen

¹ Beschluss des RdB Nr. 992/06 vom 15.06.2006

¹ s. Gleichstellungspolitische Leitlinien, Beschluss des Bezirksamtes vom 24.02.2004

¹ s. Anlage 1: Liste der zu untersuchenden Produkte

Bericht aus der Abteilung Finanzen und Kultur

Im Fachbereich Kultur wurde mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming fortgefahren.

Den inhaltlichen Schwerpunkt bilden dabei die im Produkt 79404 beschriebenen Tätigkeitsfelder. Die Ausführung bezieht sich auf die kulturellen Angebote in der Kommunalen Galerie und in der Villa Oppenheim.

An den Ausstellungen sind Künstlerinnen und Künstler beteiligt. Bei der Vergabe von Zuwendungen und Fördermitteln wurde eine geschlechtergerechte Verteilung berücksichtigt. Jurys und Gremien waren geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Die kunst-pädagogischen Angebote waren nicht geschlechtsspezifisch getrennt.

Im Rahmen der Kulturkooperationen wurde in Zusammenarbeit mit dem Frauen Museum Berlin e. V. eine Ausstellung realisiert. Zum Frauenfrühling in Charlotten-burg-Wilmersdorf wurde im Rundhof des Rathaus Wilmersdorf eine Installation gezeigt.

Fortführung in 2008

Kulturelle Angebote bzw. künstlerische Programme können zum Verständnis von Geschlechterrollen in der Gesellschaft beitragen.

Die kulturellen Angebote der bildenden Kunst richten sich generell an Frauen und Männer. Über die geschlechterspezifische Inanspruchnahme liegen keine Daten vor. Daher soll in den Einrichtungen des Kulturamtes eine Besucher/innenbefragung durchgeführt werden.

Der Fragebogen wird u. a. das Themenfeld von Kultur und Gender Mainstreaming berücksichtigen, um eine kulturelle Teilhabe beider Geschlechter zu gewährleisten.

1. Zielgruppenorientierung:

Teilhabe von Frauen und Männern bei der Nutzung von kulturellen Angeboten

2. Erreichbarkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

Öffnungszeiten, Veranstaltungstermine

3. Thematische Ausrichtung des Kulturangebotes:

Interessen von Männer und Frauen im kulturellen Angebot berücksichtigen

Bericht aus der Abteilung Bauwesen

Gender Mainstreaming ist in der Abteilung Bauwesen in mehreren Fachbereichen bearbeitet worden.

Der Maßnahmenplan für den Fachbereich Stadtplanungs- und Vermessungsamt liegt anbei.

⁵ s. Anlage 1: Liste der zu untersuchenden Produkte

Das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt hat Gender Mainstreaming entsprechend des Maßnahmenplans (siehe Fachkonferenz GM vom 09.03.06) bearbeitet.

Der Schwerpunkt für 2008 liegt im Grünflächenamt für die Gender Budget Analyse zu dem Produkt 72640 „öffentliche Spiel- und Bewegungsflächen“. Dabei wird, wie im Ausschuss für Gender Mainstreaming am 8. November 2007 vorgestellt, exemplarisch bei der erstmaligen Anlage des neuen öffentlichen Spielplatzes Georg-Wilhelm-Straße die Gestaltung auf der Grundlage von Gender-Nutzungsanalysen und unter Gender-Gesichtspunkten durchgeführten Befragungen erfolgen.

Zur Durchführung der Gender Budget Analyse im Fachbereich Grünflächen ist eine Unterstützung durch externe Beratung (10 Stunden) über die Genderbeauftragte bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, beantragt worden.

Der Grundsatz der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern wird in der Abteilung Bauwesen berücksichtigt, zudem erfolgt die Erstellung personenbezogener Statistiken unter Berücksichtigung des Geschlechts, soweit feststellbar.

Bericht aus der Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport

Für das Jugendamt nehmen wir zu den Punkten 1 bis 5 der Vorlage Nr. 0480/3 wie folgt Stellung:

In der Jugend- und Familienförderung wurden die in Teil 7 beschriebenen GM Maßnahmen zur konzeptionellen Weiterentwicklung der geschlechtsbewussten Mädchen- und Jungenarbeit in 2007 fortgesetzt.

Im Bereich der integrativen Erziehungs- und Familienberatung ist die Maßnahmenplanung auf der Basis der mit den Gender-Budget-Analysen gewonnenen Daten ein integrativer Bestandteil der geschlechtsdifferenzierenden Beratungsarbeit der Fachkräfte.

Die Umsetzung des GM im gesamten Bereich der Hilfen zur Erziehung (Fachbezogene Gender Analyse der vom RdB vorgegebenen Produkte sowie entsprechende Maßnahmenplanung) erwies sich nach ersten fachlichen Erwägungen als nicht zielführend.

Die produktbezogenen Gender-Budget-Analysen bestätigen die in der Jugendhilfe seit langem bekannte und gesicherte Erkenntnis, dass sich die Problemlagen von Kindern und Jugendlichen nicht nur nach dem Alter und der sozialen Situation, sondern auch nach dem Geschlecht unterscheiden. Die Unterschiede der Lebenslagen – auch die zwischen Mädchen und Jungen – sind im Rahmen der individuellen Hilfeplanung zu berücksichtigen und führen – je nach Zielgruppe – zu einer unterschiedlichen Inanspruchnahme der vielfältigen Hilfeangebote. Geschlechterdifferenzierung ist damit ein wichtiges Element einer qualifizierten Hilfeplanung und zugleich die Grundlage für die Weiterentwicklung der „Hilf Landschaft“, die sich an den unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen orientiert.

Aufgrund der defizitären Personalsituation in den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten sowie der Durchführung von zeitintensiven Fortbildungen im Rahmen der Umsetzung der Sozialraumorientierung für alle Mitarbeiter/innen der Regionalteams in 2007, u. a. zum Kinderschutz, konnte nicht sondiert werden, bei welchen Produkten der Familienunterstützenden Hilfen eine qualitative Gender-Analyse sinnvoll ist. Mit Unterstützung durch eine externe Beratung werden in 2008 die Schnittstellen zwischen dem SGB VIII⁶ und den gleichstellungspolitischen Zielen identifiziert, Umsetzungsmaßnahmen konkretisiert und durchgeführt .

⁶ Sozialgesetzbuch VIII

Die Hilfen werden nach einem qualifizierten Hilfeplanverfahren festgelegt. Dazu gehören u.a. die Analyse der individuellen Lebenslagen von Mädchen und Jungen als auch die Konkretisierung der Handlungsbedarfe in Form von konkreten Zielsetzungen. Diese beinhalten immer auch gleichstellungspolitische Ziele, wie z.B. die geschlechtsdifferenzierende Förderung von Mädchen und Jungen in koedukativen als auch geschlechtshomogenen Gruppen, die bedarfsgerechte und familienfreundliche Abstimmung von Angebots- und Sprechzeiten, sowie die fallbezogene Zusammenarbeit der beteiligten Dienste und Einrichtungen.

Die fachliche Steuerung der bedarfsgerechten Weiterentwicklung von Hilfeangeboten erfolgt im Rahmen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit des Jugendamtes mit den freien Trägern der Jugendhilfe

Für das **Schulamt** nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Produktgruppe 883 – Schulträgerschaft ist nicht in die Maßnahmenplanung einbezogen und bedarf daher auch nicht der Fortschreibung.

Im übrigen wird auf das Schreiben SchulSportL⁷ vom 01.02.2007⁸ verwiesen.

Für das **Sportamt** nehmen wir wie folgt Stellung:

Vom Grundsatz her verweist der Fachbereich Sportförderung auf die Ausführungen im Schreiben, Sport L⁹, vom 01.02.2007 (3. Bericht über die Umsetzung von Gender Mainstreaming ...) und auf die vorgetragenen Erläuterungen im Rahmen der 3. Fachkonferenz Gender Mainstreaming am 14.03.2007.

Seit März 2007 hat sich auch in den wiederkehrenden Erörterungen des Themenbereichs im Rahmen der stattfindenden Sportamts-/Fachbereichsleiter/innen-Sitzungen aller Berliner Sportämter ergeben, dass die bei der 3. Fachkonferenz aufgeführten Realisierungsbedenken sich in der Praxis bisher nicht reduzieren ließen.

Auf Grundlage der allgemeinen Diskussion, die im Rahmen der 3. Fachkonferenz am 14.03.2007 zum Thema erfolgte, konnten Erkenntnisse gewonnen werden, die als Basis für ein weiteres Bemühen um die Realisierung des Gender-Gedanken im Sport dienen. Der Fachbereich Sportförderung ist verstärkt bemüht, im Rahmen der Vergabe der Sportstätten für das Jahr 2008/2009 Einfluss auf Basis des GM zu nehmen, ohne die sportgesetzlichen Vorgaben einzuschränken oder gar zu verletzen. Eine diesbezügliche Umsetzung war seinerzeit für den Vergabezeitraum 2007/2008 nicht mehr möglich, da die Vergabe kurz vor dem Abschluss stand.

Es ist beabsichtigt, im Vorfeld der diesjährigen Vergabe mit dem Bezirkssportbund Charlottenburg-Wilmersdorf das Thema „Vergabe unter Einbindung des GM“ umfangreich zu erörtern und den Bezirkssportbund, nicht zuletzt aufgrund der gesetzlich gewünschten Beteiligung, in die Belegungsvergabe der Sportanlagen (§ 20 Sportförderungsgesetz) einzubeziehen.

¹ Sozialgesetzbuch VIII

¹ Internes Stellenzeichen: Leitung Schul- und Sportamt

¹ s. 3. Gleichstellungsbericht in „Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf Band II“

¹ Internes Stellenzeichen: Leitung Fachbereich Sport

Bericht aus der Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr

Der Gender-Mainstreaming-Prozess in der Abteilung konnte im letzten Jahr um den Bereich der Wohnungslosenhilfe erweitert werden. Zum Produkt „Sozialpädagogische Beratung zur

⁷ Internes Stellenzeichen: Leitung Schul- und Sportamt

⁸ s. 3. Gleichstellungsbericht in „Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf Band II“

⁹ Internes Stellenzeichen: Leitung Fachbereich Sport

Erlangung und Sicherung von Wohnraum“ konnte noch im Dezember 2007 ein extern moderierter Workshop stattfinden.

Der Blick auf das Produkt aus geschlechtsspezifischer Sicht brachte eine Vielfalt von möglichen Herangehensweisen bzw. Fragenstellung zu Tage. Von welchem Geschlecht wird das Produkt mit welchen Anteilen genutzt? Aus der Einschätzung, dass z. Zt. der Anteil von Männern eindeutig höher liegt, als der von Frauen ergab sich u. a. die Fragestellung nach den Gründen. Sind Frauen weniger von Mietschulden, Obdachlosigkeit bedroht? Gehen sie anders damit um oder liegen andere Gründe vor? Eine weitere Fragestellung zum Produkt betrachtet die Zugänge der Klienten zum Angebot des Bezirks. Durch welche Quellen; Informationen; Institutionen kommen die Menschen zu uns?

Die Fragestellung für die Untersuchung in 2008 lautet: Welche Unterschiede zeigen sich bei der sozialen Integration von Frauen und Männern innerhalb des Produktes.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten fest, dass die aufgeworfenen Fragen nur genau zu beantworten sind, wenn die erforderlichen Daten systematisch erhoben und analysiert werden. Ein Teil der Daten kann aus vorhandenen Statistiken zusammengetragen werden (Anzahl/Alter/Beratungsumfang/Dauer der Unterbringung etc.), während z. B. die Fragestellung über den Zugang zur Information bis dato nicht systematisch erhoben wird. Zunächst wird die Datenerhebung im Sinne einer Ist-Analyse erfolgen. Um Angaben über die Zugänge der Klienten zu erhalten, soll im Rahmen der Beratungen dieser Punkt systematisch abgefragt werden. Ausgehend von den dann vorliegenden Daten wird das weitere Vorgehen festgelegt.

Der Bereich der Seniorenberatung, -betreuung und der seniorenbezogenen Angebote hat die Gewinnung geschlechterspezifischer Daten integriert. Die Datenerfassung findet in den Seniorenclubs, bei der Organisation von Angeboten, außerhalb der Seniorenclubs und im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit statt.

Eine geschlechterspezifische/interessensspezifische Ausgewogenheit wird angestrebt. Wir konnten z. B. feststellen, dass die Sportgruppen außerhalb unserer Seniorenclubs sich gleichmäßig (50:50) und nicht nach geschlechtsspezifischen Merkmalen aufteilen.

Gruppe	Teilnehmer/innen gesamt	weiblich	männlich
Badminton	40	20	20
Bowling	67	33	34
Kegeln	50	32	18
Schwimmgruppe	57	42	15
Tischtennis	139	66	73
Wandergruppen	hier liegen keine genauen Daten vor		
Gesamt	353	193	160

Zur Zeit wird eine Umfrage in den vier bezirklichen Seniorenclubs vorbereitet, die auch die geschlechtsspezifische Nutzung der Einrichtungen abfragt. Die Analyse der Daten ist für das 2. Halbjahr 2008 geplant.

Im Jahr 2006 wurden die Kontakt- und Beratungsstellen der psychiatrischen Versorgung in das Gender Mainstreaming der Abteilung aufgenommen. Die Träger wurden dazu im Zuwendungsbescheid 2006 verpflichtet, sämtliche Datenerhebungen differenziert nach Frauen und Männern vorzunehmen. Zur Unterstützung der Träger wurde im November 2006 ein extern moderierter Workshop durchgeführt, dessen Ziel die Bestimmung von geschlechterbezogenem Veränderungspotenzial innerhalb der Angebotsstruktur dieser Einrichtungen war.

Der für 2007 erstellte Maßnahmenplan konnte eingehalten werden. Die Ergebnisse können den bis zum 31.03.2008 vorzulegenden Sachberichten entnommen werden. Eine Auswertung der Sachberichte schließt sich in diesem Jahr an.

In 2007 konnte das Gender Mainstreaming in einem analogen Prozess auch bei den Trägern von Zuverdienstprojekten für Menschen mit psychischer Erkrankung und des Suchtbereichs eingeführt werden. Auch für diese Trägergruppe fand im November 2007 ein extern moderierter Workshop statt, dessen Ergebnis der beigefügte Maßnahmenplan¹⁰ ist. Zur Einhaltung der innerhalb des Maßnahmenplanes getroffenen Vereinbarungen sollen diese in die Besonderen Nebenbestimmungen aufgenommen werden, die Anlage des Zuwendungsbescheides 2008 sind. Erste Ergebnisse werden erst an den Sachberichten abgelesen werden können, die bis Ende März 2009 vorzulegen sind.

Ende 2008 soll für Vertreterinnen und Vertreter der bezirklichen Zuwendungsempfänger aus dem Psychiatrie- und Suchtbereich eine externe Prozessberatung zum Thema „Reflexion des Bearbeitungsstandes der im Maßnahmenplan festgelegten gendersensiblen Ziele“ erfolgen.

Bezüglich der geschlechtergenauen Erfassung der Leistungen der Eingliederungshilfe wird in diesem Jahr für eine geschlechtergetrennte Erfassung das neue Programm ePBN/IFFC zur Verfügung stehen, so dass die Möglichkeit der Datenauswertung grundsätzlich besteht. Zur Funktionalität des Programms und der Verknüpfung mit den Daten in PROSOZ können noch keine Aussagen getroffen werden. Dazu wird im Jahresbericht 2008 Stellung genommen.

Im Jahr 2004 fand unter Beteiligung externer Beratung eine Fragebogenaktion zu zwei Leistungen aus dem Produkt 78417 „Sozialpädagogische Beratung und Hilfen zur Überwindung/Milderung der behinderungs-, pflege- und krankheitsbedingten Problematiken“ statt.

Folgende Fragestellungen sollten durch die Gender Analyse betrachtet werden:

1. Stellen Frauen und Männer unterschiedliche Anträge hinsichtlich Leistung, Volumen, etc.?
2. Werden Anträge unterschiedlich bzw. geschlechtsspezifisch geprüft und bewertet?
3. Sind Unterschiede hinsichtlich der Stellungnahmen vorhanden, begründet und sinnvoll?

¹ s. Anlage 3

Aufgrund einer Rücklaufquote von 5 % war die Befragung nicht repräsentativ und konnte keine fundierten Aussagen liefern. Aus diesem Grund hatte die Fachstelle beschlossen, die Fragebogenaktion zu wiederholen. Die Fragebogenaktion war im November 2006 abgeschlossen.

Aufgrund der hohen Erhebungszahl mit über 300 Exemplaren und Verzögerungen bei der Bereitstellung der zusätzlichen finanziellen Mittel durch die zuständige Senatsverwaltung für die Auswertung der Befragung, stand der Untersuchungsbericht erst am 12.12.2007 zur Verfügung. Die Präsentation des Untersuchungsergebnisses im Fachbereich steht noch aus, da die Beraterfirma dazu nochmals zusätzliche Mittel benötigt.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass der Interaktionseffekt zwischen Geschlecht der Antragstellerin/des Antragstellers und Geschlecht der Sozialarbeiterin/des Sozialarbeiters nicht signifikant ist (anders als bei der Befragung 2004). Gleichzeitig zeigt die Untersuchung bemerkenswerte Ergebnisse zu den soziodemografischen Merkmalen der Antragstellerinnen:

- Etwa $\frac{3}{4}$ der Antragsteller sind Frauen (76,6 %).
- Die Frauen sind wesentlich älter als die Männer.
- Die Frauen wohnen häufiger allein als die Männer.
- Die Frauen haben durchschnittlich eine höhere Pflegestufe als die Männer.

¹⁰ s. Anlage 3

- **46% der Antragsteller/-innen haben einen Migrationshintergrund (39,3 % stammen aus den ehemaligen GUS-Staaten und 6,7 % aus anderen Ländern).**

Das Untersuchungsergebnis muss noch detailliert mit der Arbeitsgruppe besprochen werden. Weiterhin bleibt zu ermitteln, ob sich aus den Unterschieden zwischen weiblichen und männlichen Antragstellern sowie den Unterschieden innerhalb der Genusgruppe spezifische Bedarfe, etwa bei den Pflegeleistungen ergeben.

Dazu sind für das Jahr 2008 vertiefende Auswertungen vorgesehen, die zu einer gegebenenfalls veränderten Angebotsstruktur des Bezirks, veränderten Informationsvorlagen für potenzielle Nutzerinnen und Nutzer o. ä. führen könnte.

Die jährliche Auswertung der Ergebnisse der Pflegegutachten und -stellungen bezogen auf die Anzahl von Frauen und Männern ergab für das Jahr 2007 eine deutliche Veränderung gegenüber den Vorjahren. Der Anteil an Pflegebegutachtungen für Frauen sank auf knapp 44 % (39 von 89 Gutachten wurden für Klientinnen erstellt) gegenüber 50 % bzw. etwas über 50 % in den beiden Vorjahren. Für die Einstufungen für Pflegestufen zeichnet sich die gleiche Entwicklung ab. Für Frauen wurden 45 % der Stellungnahmen gefertigt (27 von 60 Pflegeeinstufungen). In den Vorjahren war auch hier die Entwicklung analog, d. h. die Verteilung auf die Geschlechter folgte den Zahlen der Pflegegutachten. Die Gründe sind noch nicht geklärt, da naheliegende Veränderungen durch rechtliche Änderungen oder neue Strukturen für diesen Bereich nicht eingetreten sind. Die Zahlen werden deshalb im Zusammenhang mit der Auswertung der Fragebogen zur Hilfe zur Pflege eingehender geprüft, um Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Der Beratungsbedarf für 2007 wurde in Höhe von 40 Stunden beantragt. Die Abteilung bekam 12 Stunden bewilligt sowie für die Auswertung der Fragebögen ergänzend 8 Stunden, insgesamt 20.

Für das Jahr 2008 wird im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst der Zahnärztliche Dienst die geschlechtsspezifische Erfassung der im Zuge der Zahnprophylaxe untersuchten Kinder im Bezirk beginnen. An den gewonnenen Zahlen werden sich die genderspezifischen Fragestellungen orientieren.

Bericht aus der Abteilung Bürgerdienste, Ausbildungsförderung und Personal

Im Jahr 2007 konzentrierten sich die Bemühungen um die Gender-Problematik auf den Bereich der Ausbildung, der der SE¹¹ Personal zugeordnet ist, letztendlich jedoch alle Abteilungen betrifft, die unsere jungen Auszubildenden in den drei angebotenen Büroausbildungsberufen als verschiedene aufeinander folgende Ausbildungs- und Einsatzorte durchlaufen. Wie bereits im Bericht 2006 angesprochen, kommt bisher auf drei weibliche Azubis im günstigsten Fall ein männlicher Auszubildender.

Obwohl dieses Verhältnis insgesamt der Geschlechtersituation im bezirklichen öffentlichen Dienst entspricht, ist dies nicht die Folge einer gezielten Bewerberauswahl der Ausbildungsleitung. Die Auswahl beruhte auf einer vom Grundgesetz vorgegebenen Bestenauslese, die auf schulischen Zeugnissen, Tests und einem Bewerbergespräch im Bezirksamt basiert. Insgesamt standen wir also vor der Ausgangssituation, dass die männlichen Bewerber mit im Durchschnitt deutlich schlechteren Zeugnissen ausgestattet, diesen Nachteil auch in der bezirklichen Testphase nicht ausgleichen konnten. Auch wird deutlich, dass die gängigen Büroberufe, auch wenn sie eine Öffnung zu Tätigkeiten in der freien Wirtschaft einschließen (Kaufmann für Bürokommunikation), von jungen Männern mit gutem Schulabschluss als wenig attraktiv empfunden werden.

¹¹ Serviceeinheit

Im Laufe des Jahres beschäftigte sich unsere Abteilung zugleich mit den Vielfältigkeits-Ansatz (Diversity), der noch umfassender als der Gender-Ansatz jede Art von Diskriminierung bekämpfen und zugleich positive Aspekte von Vielfältigkeit besonders herausarbeiten und unterstützen soll. In einer Verflechtung beider Handlungsfelder versuchten wir Aspekte wie die Motivation junger Menschen (Männer) mit Behinderung und junger Menschen (Männer) mit Migrationshintergrund mit einem Gender-betonten Vorgehen zu verbinden. Dies wurde deutlich in den Anzeigen, Pressemitteilungen und der Internet-Präsentation für den Ausbildungsbeginn im September 2008 als auch in Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsinterviews im fremdsprachigen Bereich (Türkisch, Iranisch, Russisch).

Da kurzfristige Auswirkungen nur in geringem Maße zu erwarten sind, haben wir Ende 2007 mit der Ausbildungsleitung beschlossen, uns bei der Entwicklung eines umfassenderen Konzeptes Beratungshilfe zu holen. Dazu sind die Vorgespräche mit der Firma „gbm Berlin gender+bildung+medien“ bereits geführt worden. Für 2008 haben wir uns vorgenommen, die Präsentation der Ausbildungsberufe in Bürobereichen unter Gender- und Vielfältigkeitsaspekten zu überarbeiten. Auch die Internetpräsentation soll dazu neu gestaltet werden.

Ferner ist beabsichtigt, einen „Tag der offenen Tür“ zum Thema Ausbildung im Rathaus anzubieten, der als Akteure die derzeitigen Azubis mit einbeziehen könnte.

¹ Serviceeinheit

Auch die Jugendvertretung bietet sich hierbei als Gesprächspartner an. Mit der Abteilung Bau könnte eine Miteinbeziehung der gärtnerischen und landschaftspflegerischen Ausbildungsgänge, mit der Abteilung Wirtschaft die Einbindung der bibliotheksbezogenen Ausbildungsangebote vereinbart werden. Zugleich könnte unser regionalisiertes BAföG-Amt über die Fach- und Oberschülerförderung informieren.

Da die Ausbildung im Rathaus nur in enger Abstimmung mit den ausbildenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Abteilungen möglich ist und hier nicht nur die Ausbildungsbereitschaft, sondern auch die Zustimmung zu unserem Gesamtkonzept auf Akzeptanz stoßen muss, ist der Gender- und Vielfältigkeitsansatz hier besonders einzubringen.

Dafür muss eine abgestimmte Vorgehensweise (z. B. im Rahmen unseres Fortbildungsangebots „Ausbilden, aber wie?“) entwickelt werden. Das Ganze könnte auch mit einer Leitbildentwicklung für unsere Rathausausbildung gekoppelt werden, die ihrerseits auch die Einbindung der aktuell tätigen Azubis voraussetzen würde.

Bericht aus der Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung

Bei der Reflexion der Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Fachbereichen der Abteilung wird der Gedanke von Gender Mainstreaming inzwischen mit aufgegriffen.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung hat sich unter dem Genderaspekt, insbesondere in Umsetzung des II. bezirklichen gleichstellungspolitischen Zieles, in vielfältige Aktivitäten eingebracht, so z. B. durch die Jury-Beteiligung und laufende Informationen zu dem Wettbewerb „Frau in Verantwortung“. Die Begleitung von Existenzgründerinnen hat sich wiederholt zu einem Schwerpunkt der Tätigkeit entwickelt. Durch das Projekt „Gründungsbegleitung für Frauen“ im Rahmen des FrauenNetz Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es ein sehr konkretes Hilfsangebot für die Startphase einer Betriebsgründung durch Frauen. Dieses niedrig schwellige Angebot soll Mut für den Entscheidungsprozess zugunsten einer gewerblichen Existenzgründung auf der Grundlage ökonomischer Eigenständigkeit machen. So umfasst das spezielle Beratungsangebot Informationen zu den Themenfeldern persönliche und fachliche Voraussetzungen, Marktanalyse, Hilfe zur Erstellung eines Businessplans,

Standortentscheidungen, behördliche Genehmigungen und Anträge, Rechtsformwahl, Bankfinanzierungen, Versicherungen, Zeitmanagement, Bildungs- und Beratungsangebote, Netzwerke, Fördermittel, Steuern und Buchhaltung. Bei Bedarf kann so für die sehr entscheidende Startphase ein individueller Fahrplan in die Selbständigkeit mit der Existenzgründerin erarbeitet werden. Die gebündelte Beratungskompetenz der Wirtschaftsförderung wird dadurch sehr gezielt genutzt, um den Frauen ein solides Fundament für den Weg in die gewerbliche und somit wirtschaftlich unabhängige Selbständigkeit aufzuzeigen. Im Februar 2008 wird ein Leitfaden für Existenzgründerinnen vom Bezirksamt veröffentlicht werden.

Vorbehaltlich der fortgesetzten Projektfinanzierung, derzeit über ÖBS¹², wird diese Gender-Maßnahme auch in 2008 fortgesetzt.

¹ Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Produktbereich 18 Wirtschaftsordnung

Aus diesem Bereich, nunmehr im Wirtschafts- und Ordnungsamt als Gewerbebehörde angesiedelt, stehen die Produkte 76801 Gewerbebescheinigungen und 76844 Zulassungen im Fokus der Genderbetrachtung. Zwischenzeitlich wurde dieses auch über den Produktkatalog festgeschrieben. Die Schwierigkeit der genderbezogenen Auswertung bei diesen beiden Produkten liegt darin, dass die damit verbundenen Zahlen nicht unmittelbar steuerbar sind. Die Entwicklung der Anzahl von zu erteilenden Gewerbebescheinigungen und Zulassungen hängt von einer Fülle von Faktoren ab, die nicht zuletzt auch im volkswirtschaftlichen Kontext zu sehen sind.

Die Gewerbebehörde selbst hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf den Prozess der Zahlenentwicklung. Es könnte zwar bei einem markanten Anstieg der Anzahl von Gewerbebeanmeldungen von Frauen der Rückschluss gezogen werden, dass die speziellen Angebote der Wirtschaftsförderung, der Frauenbeauftragten, durch den Wettbewerb FiV und durch das UCW hierfür ursächlich verantwortlich zeichnen, jedoch ließe sich diese Annahme nicht objektiv verifizieren.

Die Analyse der Daten der ausgewählten Pflichtprodukte im Produktbereich 18 hat die Notwendigkeit eines abteilungsübergreifenden Handelns deutlich gemacht. Es erscheint aber aus unserer Sicht wenig sinnvoll, hier eine konkrete messbare Zielgröße festzulegen.

Fachbereich Musikschule

Die Musikschule war im Berichtszeitraum bei der Lehrkräfterekrutierung und der damit gekoppelten Durchführung des entsprechenden Unterrichtsangebots darum bemüht, dem gesellschaftlichen Klischee des Erlernens typisierender „Frauen- und Männerinstrumente“ entgegenzuwirken. Beispielsweise wurde im Bereich Schlagzeugunterricht ganz gezielt eine weibliche Lehrkraft eingesetzt, da sich hierdurch, gemessen anhand von Erfahrungswerten, das Anmeldeverhalten nachhaltig verändert. Der eingeschlagene Kurs wird daher auch als Maßnahme in 2008 fortgesetzt.

Eine nach Geschlechtern aufgeteilte Warteliste wird aber abgelehnt.

Fachbereich Bibliotheken

In Fortsetzung des im Jahre 2006 begonnenen Projekts zur stadtteilbezogenen Benutzung öffentlicher Bibliotheken anhand der Stadtteilbibliothek West wurden in Vorbereitung eines Fragebogens Statistiken zur Nutzung dieser Einrichtung erstellt. Das Projekt wird von der Migrantinnenbeauftragten koordiniert und durchgeführt.

Die angestrebte Veränderung von Öffnungszeiten als genderrelevantes Steuerungsinstrument im Hinblick auf eine Veränderung im Entleihungsverhalten wurde im Rahmen eines Mitarbeiterworkshops im November 2007 angesprochen. Dabei wurde festgestellt, dass veränderte Öffnungszeiten erst nach dem Erstellen eines Leitbildes für die Bibliothek

¹² Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Charlottenburg-Wilmersdorf sinnvoll erscheinen. Dieses Leitbild soll im Laufe des Jahres 2008 entstehen.

Fachbereich Volkshochschule

Durch die im Jahr 2007 begonnene Planung des für Mitte 2008 anstehenden Umzuges von Teilen der Volkshochschule geriet die gleichstellungspolitische Zielsetzung des Bezirkes, einen gendergerechten Bildungsprozess in der Volkshochschule City West zu verwirklichen, etwas in den Hintergrund. Im Retestierungsverfahren des Qualitätsprozesses der VHS werden die Genderinhalte aber einbezogen und das Thema nach dem vollzogenen Umzug 2008 wieder aufgegriffen.

Statistische Erhebungen und Auswertungen zu allen Kursangeboten werden Geschlechter differenzierend durchgeführt.

Anlage 1 Liste der zu untersuchenden Produkte 08.02.2008

Stand

Der Rat der Bürgermeister hat am 15.06.2006 beschlossen, ab 1. Juli 2006 für 56 Produkte Gender-Budget-Analysen in allen Bezirken durchzuführen. Diese Analysen sollen zunächst (potenzielle) Nutzerinnen und Nutzer der Produkte erfassen.

Die Gender-Budget-Nutzer/innen-Analyse ist in das Gender-Mainstreaming-Umsetzungskonzept des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf integriert. Das bedeutet, alle Ausgaben sollen auch darauf ausgerichtet sein, einen gleichstellungspolitischen Mehrwert zu erzielen. Um dieses umzusetzen, hat der Bezirk die folgenden gleichstellungspolitischen Ziele beschlossen:

- I. Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
- II. Verbesserung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen und Teilhabe beider Geschlechter an allen Ebenen des Arbeitsmarktes
- III. Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- IV. Chancengleichheit in der Stadtplanung
- V. Förderung einer öffentlichen Auseinandersetzung über Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie und im öffentlichen Raum sowie entsprechende Beratungs- und Hilfsangebote
- VI. Förderung einer geschlechterdifferenzierenden Gesundheitsplanung
- VII. Gezielte geschlechtsspezifische Förderung der Selbstorganisation in verschiedenen Lebenslagen und Altersstufen
- VIII. Gendergerechter Bildungsprozess in der Volkshochschule City West

Aus diesen allgemeinen Zielen sind für 27 Produkte Teilziele und zum Teil bereits Maßnahmenpläne nach der FGA¹³ entwickelt worden.¹⁴

Die Produktnummern (Spalte 1 der Tabelle) sind der Version 10.1 des Produktkataloges angepasst worden, den Anteilen am Produktbudget (Spalte 2) wurde das Produktsummenbudget von 2006 in Höhe von 267.667.267 € zugrunde gelegt.

¹³ FGA = Fachbezogene Gender Analyse, Umsetzungsverfahren in Charlottenburg-Wilmersdorf

¹⁴ Siehe 3. Gleichstellungsbericht DS-Nr: 0218/3 der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf

Produkt (Version 10.1)	analysiert	Darstellungsort	Produktbudget 2008 (Basis 2006)	Anteil am Produktsummenbudget (267.667.267 €)	Nutzer weiblich	Nutzer männlich
18 Wirtschaftsordnung						
76801 Gewerbebescheinigungen	Ja	Vorbericht	333.495 €	0,12 %	28,46 %	67,71 %
76844 Gewerberechtliche Zulassungen	Ja	Vorbericht	449.096 €	0,17 %	Erlaubnisinhaberinnen 25,5 %	Erlaubnisinhaber 74,5 %
52 Unterhaltung und Neubau von Grün- und Freiflächen						
72640 Öffentliche Spiel- und Bewegungsflächen	nein		982.961 €	0,37 %		
70 Stadtbibliothek						
75476 Entleihung	Ja	Vorbericht	1.309.121 €	0,49 %	60 %	32 %
76 Musikschule						
79395 Musikalische Ausbildung und Erziehung <i>früher 76773 /72807</i>	Ja	Vorbericht	5.416.864 €	2,02 %	Lehrkräfte 147 Stundenvol. 2403 Schülerinnen 2805 Geringfüg. B. 16 Anm. Schüleri. 747	122 1927 1837 27 568
79396 Musikveranstaltungen und Projekte <i>früher 72807</i>	nein		207.229 €	0,07 %		
80 Weiterbildung						
79027 VHS-Sprachintegrationsmaßnahmen für Zuwanderer im gesetzlichen oder politischen Auftrag	nein		735.250 €	0,27 %		
79026 Lehrveranstaltungen 76834 (Kurse, Lehrgänge, Prüfungen, Einzelveranstaltungen, Sprachtests, einschl. Bildungsberatungen, Ausstellungen/Projekte und Statistik)	Ja	Vorbericht	1.595.330 €	0,6 %	77,44 %	22,56 %

78374 Lehrgänge zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen	nein		385.428 €	0,14 %		
81 Kulturamt						
79404 Kulturelle Angebote <i>früher 72628/72630</i>	Ja	Vorbericht	555.042 €	0,2 %	53,1 %	46,9 %
79403 Programmangebot Stadtteilgeschichte <i>früher 72629</i>	Ja	Vorbericht	274.344 €	0,1 %	52,9 %	47,1 %
79401 Förderung Kulturprojekte <i>früher 79032</i> pauschaliert	Ja	Vorbericht	199.528 €	0,07 %	52,9 %	47,1 %
79402 Kulturberatung, Infrastrukturbereitstellung, Zuwendungen und Preise <i>früher 79032</i>	ja	Vorbericht	0 €		52,9 %	47,1 %
102 Fachberatung						
79028 Integrative Erziehungs- und Familienberatung als psychologische Beratung, Diagnostik, Therapie durch freie Träger	ja	Vorbericht	279.028 €	0,1 %	Anmelderinnen: 73 %	21 %
					Betreute: 47 %	53 %
79068 Integrative Erziehungs- und Familienberatung	ja	Vorbericht	398.438 €	0,15 %	Anmelderinnen: 61 %	14 %
					Betreute: 45 %	55 %

103 Allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Fami						
78387 Allgemeine Kinder- und Jugendförderung	Ja	Vorbericht	3.611.522 €	1,35 %	48,42 %	51,58 %
78401 Allgemeine Kinder- und Jugendförderung durch freie Träger	ja	Vorbericht	627.117 €	0,23 %	51,55 %	48,45 %
78404 Erholungs- und Reisemaßnahmen, internationale Begegnungen	ja	Vorbericht	208.776 €	0,08 %	55,56 %	44,44 %
78405 Erholungs- und Reisemaßnahmen, internationale Begegnungen durch freie Träger	ja	Vorbericht	321.046 €	0,12 %	43,12 %	56,88 %
104 Bürgerservice						
78790 Einbürgerung	nein		450.660 €	0,17 %		
105 Förderung des Sports						
79348 Sport- und Freizeitveranstaltungen <i>früher 77674</i>	nein		7.681 €	0,003 %		
B 0105 Bereitstellung von Sportanlagen Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten <i>Zusammenfassung von 77673/78422</i>	ja	Vorbericht	4.442.753 €	1,66 %	38,1 %	61,9 %

77769 Bereitstellung von Sportanlagen mit Nutzungsvertrag durch Vereine	nein					
75427 Vermietung und Verpachtung von Sportanlagen	nein		17.436 €	0,007 %		
116 Familienunterstützende Hilfen						
79383 Sozialpädagogische Jugendberufshilfe (§ 13 SGB VIII) <i>früher 78738 (Version 9.1)</i>	Ja	Vorbericht	108.471 €	0,04 %	47,4 %	52,6 %
78739 Familienunterstützende Hilfen zum begleiteten Umgang	Ja	Vorbericht	167.099 €	0,06 %	61,5 %	38,5 %
78740 Unterbringung von Mutter (Vater) und Kind(ern)	Ja	Vorbericht	686.891 €	0,26 %	84,6 %	15,4 %
78741 Hilfen in Notsituationen	Ja	Vorbericht	38.967 €	0,015 %	80 %	20%
79070 Unterstützende und überwachende Sozialarbeit in Familien	nein	Vorbericht	994.813 €	0,37 %		
78379 Hilfen in sonstigen betreuten Wohnformen (WG + BEW)	ja	Vorbericht	1.696.028 €	0,63 %	54,8 %	45,2%
78380 Hilfen in Heimen – Rund um die Uhr / Schichtdienstgruppen - SOG -	Ja	Vorbericht	6.882.505 €	2,57 %	41,2%	58,8 %
78381 Hilfen in Heimen – Wohngruppen mit alternierender Betreuung – WAB	Ja	Vorbericht	1.266.705 €	0,47 %	45 %	55 %
78382 Hilfen in Heimen – Erziehungswohngruppen	Ja	Vorbericht	2.866.350 €	1,07 %	51,6 %	48,4 %
78383 Hilfen in Heimen – Erziehungsstellen - EST -	ja	Vorbericht	802.118 €	0,3 %	50 %	50 %

B 5071 Hilfen zur Erziehung <i>Zusammenfassung von 78730, 78731, 78732, 78733, 79400</i>	nein		4.688.069 €	1,75 %		
siehe B 5071 78730 Hilfen zur Erziehung als therapeutische Leistungen	Ja	Vorbericht			53 %	47 %
siehe B 5071 78731 Hilfen zur Erziehung als soziale Gruppenarbeit	Ja	Vorbericht			42,2 %	57,8 %
siehe B 5071 78732 Hilfen durch Erziehungs- /Betreuungshelfer	ja	Vorbericht			52,7 %	47,3 %
siehe B 5071 78733 Sozialpädagogische Familienhilfe	Ja	Vorbericht			50 %	50 %
78734 Erziehung in Tagesgruppen	Ja	Vorbericht	780.425 €	0,29 %	31,3 %	68,7 %
78735 Hilfe zur Erziehung in Pflegefamilien	ja	Vorbericht	2.845.296 €	1,06 %	54,4 %	45,6 %
79399 Hilfen zur Erziehung für intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung <i>früher 78736 (Version 9.1)</i>	ja	Vorbericht	618.287 €	0,23 %	49,9 %	50,1 %
78737 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	ja	Vorbericht	246.164 €	0,09 %	55,6 %	44,4 %
836 Standardprodukte der Bezirke						
78348 Ausbildung	Ja	Vorbericht	783.304 €	0,29 %	63 %	37 %
1032 Soziale Dienste, Angebote, Einrichtungen und Betreuungsstellen						
60714 Organisation der ehrenamtlichen Arbeit	ja	Vorbericht	310.782 €	0,11 %	70 %	30 %
77697 Organisation und Abrechnung Mittagstisch	ja	Vorbericht	81.817 €	0,003 %	55 %	45 %

78413 Seniorenspezifische Beratung und Betreuung	ja	Vorbericht	69.506 €	0,002 %	85 %	15 %
78793 Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen	ja	Vorbericht	775.733 €	0,29 %	80 %	20 %
78815 Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen (präventiv, integrativ, rehabilitativ) durch freie Träger	nein		0 €			
1098 Gesundheitliche Beratung, Betreuung und Hilfe sowie Gesundhe						
75428 Krisenintervention einschließlich Unterbringung	ja	Vorbericht	148.823 €	0,05 %	51,02 %	48,97 %
78716 Gesundheitliche Beratung und Betreuung für Erwachsene	ja	Vorbericht	705.774 €	0,26 %	47,81 %	52,19 %
78720 Gutachten für von Behinderung bedrohte, behinderte, chronisch kranke, psychisch kranke und suchtkranke Erwachsene (extern)	ja	Vorbericht	3.536 €	0,001 %	38,46 %	61,53 %
78724 Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen bei Problemen im Zusammenhang mit Beziehung / Partnerschaft, Sexualität und Schwangerschaft	Ja	Vorbericht	196.991 €	0,07 %	89,17 %	10,83 %
79014 Ärztliche Beratung und Diagnostik im Zusammenhang mit	Ja	Vorbericht	211.045 €	0,079 %	94,37 %	5,63 %

Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung						
79010 bzw. 79371 (Version 11) Hilfevermittlung für Behinderte und chronisch Kranke	Ja	Vorbericht	123.114 €	0,046 %	52,1 %	47,9 %

Anlage 2

Maßnahmenplan der Abteilung Bauwesen – Stadtplanungs- und Vermessungsamt

Gleichstellungs politische Ziele	Teilziele		Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen
	langfristig	bis 12/2008		
I. Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen			1.	
			2.	
			3.	
II. Verbesserung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen und Teilhabe beider Geschlechter ...				
III. Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie				
IV. Chancengleichheit in der Stadtplanung	Verankerung des Grundsatzes der Gleichstellung der Geschlechter als integraler Bestandteil der städtebaulichen Planungen	Definition von geschlechtsspezifischen Belangen für die Bauleitplanung	1.	Berücksichtigung der Aspekte des Gender Mainstream Rahmen der Abwägung der Bebauungsplaninhalte auf Grundlage des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB
			2.	Erarbeitung eines Kriterienkatalogs im Hinblick auf planungsrechtlich relevante Belange
V. Förderung einer öffentlichen Auseinandersetzung über Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie und...				

